

Politische Neuordnung in Bangladesch

Christoph S. Sprung

In Bangladesch vollzieht sich derzeit eine massive politische Neuordnung. Indes scheint die armeegestützte Übergangsregierung von Fakhruddin Ahmed bei ihren Reformbemühungen erstmals an eine Grenze gelangt zu sein.

Sheikh Hasina Wajeds Rückkehr nach Dhaka am 7. Mai 2007 war eine Sensation. Entsprechend äußerte sich die ehemalige Premierministerin nach sieben-einhalb Wochen Abwesenheit kurz nach ihrer Ankunft: „Dies ist mein Land, meine Heimat. Ich bin so froh, dass ich wieder zurückkehren durfte“. Denn erst am 18. April hatte ein Sprecher des Innenministeriums erklärt, dass alle Beamten an den Flug- und Seehäfen angewiesen worden seien, Hasina, der Präsidentin der *Bangladesh Awami League* (BAL), das Betreten des heimischen Bodens zu verweigern.

Die Interimsregierung hatte bis zu ihrem plötzlichen Sinneswandel Ende April mehrmals betont, dass die von

ihr angestrebten Reformen nur ohne die beiden prominentesten Politikerinnen des Landes möglich seien. Dabei machte diese Regierung unter Leitung von Fakhruddin Ahmed die ersten Amtsmonate in den seit Beginn des Ausnahmezustands staatlich kontrollierten Medien Schlagzeilen mit einer landesweiten „Säuberungswelle“. Die monatelangen Unruhen und Straßenschlachten, die große Teile der Hauptstadt Dhaka und anderer Städte des südasiatischen Landes in der zweiten Jahreshälfte 2006 in „no-go-areas“ verwandelten, führten zur Verhängung des Ausnahmezustandes Anfang Januar dieses Jahres. Die Verschiebung der Parlamentswahlen und das politische Erdbeben nach dem Rücktritt der ersten Übergangsregierung kurz darauf schei-

nen rückblickend nicht nur ein böser Spuk gewesen zu sein, sondern waren die Vorboten einer radikalen Veränderung der politischen Landschaft durch die neuen Machthaber.

Machtpause der Begums

Das Ziel einer möglichst allumfassenden Beseitigung jahrelang unange-tasteter Missstände richtete sich gegen käufliche Politiker und Geschäftsleute. Die seit 16 Jahren währende Ära, in der die politische Macht zwischen Sheikh Hasina Wajed und Khaleda Zia und ihren Klienteln hin und her gereicht wurde, hat Zwangspause.

Neben Zias *Bangladesh Nationalist Party* (BNP) und Hasinas BAL wirkten bisher alle anderen Parteien, bei



Zugang zur Macht? Das *Birsreshtho Shaheed Jahangir Gate*, ein Eingangstor in das Armeeviertel von Dhaka

denen es sich fast ausschließlich um Gruppierungen handelt, die sich ebenfalls um eine charismatische Führungspersönlichkeit versammeln, wie unbedeutende Statisten. Die Rivalität der von BNP und BAL geführten Lager um politischen Einfluss und die Macht im Staat polarisierte die Gesellschaft hochgradig und wurde selten gewaltfrei ausgeglichen. Als Folge sind Massenorganisationen wie Gewerkschaften und Studentenorganisationen sowie die Verwaltung auf allen Ebenen hochgradig politisiert. Jeder Regierungswechsel bedeutete stets auch einen Komplettaustausch der zumeist bestechlichen Verwaltung von Parteifremden.

Wenngleich die politische Rhetorik und die Härte der Konfrontation deutliche programmatische Unterschiede vermuten lassen, existieren zwischen den beiden Parteien keine wesentlichen ideologischen Differenzen. Der Wettbewerb um politische Pfründe wird verschärft durch eine heftige Feindschaft zwischen den beiden Parteiführerinnen. Die beiden Begums, wie muslimische Frauen in Südasien ehrenhalber genannt werden, sind aufgrund ihrer Herkunft die unangefochtenen politischen Erbinnen ihrer ermordeten Familienpatriarchen, zweier ehemaliger Präsidenten. Begum Zia leitete von Oktober 2001 bis zum vergangenen Oktober eine Koalitionsregierung, der erstmals auch Islamisten angehörten. Die maßgeblich von Begum Hasinas *Awami League* geführte Opposition glänzte während der Legislaturperiode weitestgehend durch Abwesenheit im Parlament. Vornehmlich organisierte sie derweil als *bartals* bezeichnete Streiks. Im Unabhängigkeitskampf richteten sich diese Ausstände gegen die Kolonialmacht. Derzeit dienen sie nicht der Durchsetzung wirtschaftlicher oder sozialer Forderungen, sondern ermöglichen es der bei den Wahlen unterlegenen Partei, Druck auf die Regierung auszuüben.

Eben diese *bartals* führten letztlich dazu, dass ein immer größer werdender Teil der Bevölkerung sich in einer Zwickmühle zwischen den Begums wähnt. Die im vergangenen Oktober verfassungsgemäß zur Vorbereitung der Parlamentswahlen eingesetzte Übergangsregierung unter Leitung von Präsident Iajuddin Ahmed wurde tief in die Konfrontationen hineingezogen. Sie trat nach der Ausrufung des Ausnahmezustandes im Januar zurück. Geberländer und -organisationen begrüßten den Amtsantritt der zweiten Interimsregierung des einstigen Zentralbankchefs und ehemaligen Mitarbeiters der Weltbank, Fakhruddin Ahmed, zunächst voller Hoffnung. Das Land gilt als ein Hauptbetätigungsfeld der internationalen Entwicklungszusammenarbeit in Südasien. Vor allem das westliche Ausland sehnt sich angesichts der Situation nach einer handlungsfähigen dritten politischen Kraft. Die Europäische Union drängt in dem hochgradig korrupten Staat seit Jahren auf eine Verbesserung der Regierungsführung.¹

Machtambitionen

Dem provisorischen Premierminister Fakhruddin Ahmed ist ein „Nationaler Sicherheitsrat“ aus Offizieren an die Seite gestellt worden. In Brüssel, Berlin und anderswo schrillten daraufhin aus Angst vor dem offensichtlich erstarkenden Militär die Alarmglocken. Erinnerungen an die 1970er und 80er Jahre wurden wach. Damals wurden die Regierungsgeschäfte 15 Jahre lang aus den Armeevierteln von Dhaka befehligt.

Ahmed erklärte Anfang Mai, im ersten Fernsehinterview seit seinem Amtsantritt, dass er die politische Macht inne habe und die Armee ihm lediglich helfend zur Seite stehe. Armeechef Moeen U Ahmed forderte – wohl auch in Hinblick auf Befürchtungen vor einem nach Herrschaft strebenden Militär – die Übergangsregierung demonstrativ zu Reformen



Zeugnis alter Feindschaft: Protest-Poster der *Bangladesh Awami League* (BAL) zur Regierungszeit unter Führung der *Bangladesh Nationalist Party* (BNP) in Jessore.

und zur Stärkung der Demokratie auf. Diese seien unabdingbar, bevor Neuwahlen anberaumt werden könnten. Der Armeechef machte öffentlich keinen Hehl daraus, dass er nichts von einer Rückkehr zur „Wahldemokratie“ hält. So habe diese versagt und zu Korruption, Menschenrechtsverletzungen und Kriminalisierung des Landes geführt. Was ihm als Alternative vorschwebt, ließ er aber offen.

Jedenfalls gelingt dem um Durchsetzung bemühten Interimspremier der Versuch möglichst viele Missstände zu beseitigen nur mit Unterstützung des Militärs, das als Strippenzieher im Hintergrund fungiert. So wurden im Zuge der landesweiten Verhaftungswelle bisher knapp 100 hochrangige Politiker festgenommen. Allein über 15 ehemalige Minister und viele hohe Beamte kamen in Gewahrsam. Ihre Luxuslimousinen wurden beschlagnahmt und ihre Bankkonten eingefroren.

Am 30. März wurde das Todesurteil gegen sechs islamistische Militante vollstreckt, die im Zusammenhang mit den Bombenanschlägen im August 2005 verurteilt wurden. Damals detonierten 500 Sprengsätze

ze etwa zeitgleich in 63 der 64 Distrikte des Landes und verdeutlichen den zunehmenden Einfluss politisch-religiös motivierter Kräfte. Doch beim Bestreben, innerhalb schnellster Zeit alles „zum Positiven“ für die Bevölkerung zu wenden, fehlt dem Übergangsregime offensichtlich ein gewisses Feingefühl. Betroffen von „Säuberungen“ sind daher nicht nur Politiker und Geschäftsleute: Erstmals wurden Ende Januar illegal errichtete Hütten und Geschäfte in mehreren Slums zerstört. Allein in der Hauptstadt Dhaka gibt es seither über 50 000 neue Obdachlose.² Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation *Odhikar* starben in den ersten zwei Monaten bereits 50 Menschen im Zuge der „Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung“.³ Die Hälfte kam durch die paramilitärische Eliteeinheit *Rapid Action Battalion* (RAB) in der Untersuchungshaft zu Tode. Angaben von *Human Rights Watch* zufolge sind seit der Gründung des RAB im Jahr 2004 bereits 350 Menschen

außergerichtlich von Mitgliedern der Eliteeinheit getötet worden.⁴ Gerade weil die Opfer allen politischen Lagern entstammen, ist die „Säuberungswelle“ durchaus Ausdruck einer blutigen Neuordnung.

Machtumbau

Sheikh Hasina Wajed und Khaleda Zia wurden vom Regime zunehmend als Bedrohung für die Ordnung im Land stilisiert. Es hieß, es sei zu befürchten, dass die beiden (mit Hilfe ihrer Parteien) die Reformen blockieren, die die neue Regierung seit der Erklärung des Ausnahmezustands begonnen habe.

Nicht zuletzt daher erregte vorübergehend eine Parteigründung durch den wohl populärsten Bürger Bangladeschs Aufmerksamkeit. Der „Ökonom der Armen“ und Friedensnobelpreisträger Muhammad Yunus gab Mitte Februar bekannt, dass er plane, mit einer eigenen Partei und Unterstützung von Enga-

gierten die politische Bühne betreten zu wollen. Das Ziel der *Nagarik Shakti* (*Citizen's Power* – Bürgerkraft) sei, die Armut im Land bis zum Jahr 2030 zu besiegen, kündigte Yunus an. Wenngleich er mittlerweile von seinen politischen Ambitionen Abstand genommen hat, verdeutlichte seine Politisierung aber auch die Neuordnung der politischen Szene.⁵ Es heißt, dass immer mehr Geschäftsleute, pensionierte Beamte und Kriminelle quasi über Nacht durch Geld, ihren Machtstatus oder durch bezahlte Schlägertrupps Positionen von Politikern übernehmen.

Bei den Repressionen gegen die alten Kräfte ordnete die Übergangsregierung mehrmals Durchsuchungen des Hauses von *Awami-League*-Chefin Hasina, des *Sudha Sadans*, an. Diese Razzien in der Quasi-BAL-Zentrale entlockten einigen Parteinossen missmutige Statements. Daraufhin zeigten Interimsregierung und Nationaler Sicherheitsrat, wie wenig Toleranz sie für Kritik besitzen und ließen das Verbot aller öffentlichen politischen Aktivitäten umgehend um das Verbot aller politischen Aktivitäten in geschlossenen Räumen erweitern. Aufgrund des Erlasses mussten die Büros aller politischen Parteien schließen. Für Sheikh Hasina Anlass zu einer vorübergehenden politischen Auszeit. Beim Abflug zu einem Besuch bei ihrer Tochter in den USA Mitte März hatte sie noch Mühe, ihre Landsleute und internationale Pressevertreter davon zu überzeugen, dass sie nicht ins Exil gehe. Währenddessen wurde gegen Hasina ein Mordprozess vorbereitet. Innerhalb weniger Wochen seien entsprechende Ermittlungen abgeschlossen und die Akten einem Gericht übergeben worden. Nach Medienberichten werde die Expremierministerin des Mordes an vier Parteimitgliedern der islamischen *Jamaat-e-Islami* beschuldigt, die während der Unruhen in der Hauptstadt im vergangenen Oktober getötet worden waren.

Die Zeitschrift zu Bangladesch

Partnerschaft Entwicklung Gerechtigkeit

NETZ
বাংলাদেশ

NETZ berichtet ausschließlich über Bangladesch. Vierteljährlich. Jede Ausgabe widmet sich fundiert und engagiert einem Schwerpunktthema. Internationale Experten und Betroffene kommen zu Wort. Zudem informiert NETZ über Entwicklungsarbeit in dem Land, den Einsatz für Menschenrechte und über aktuelle politische Hintergründe. NETZ enthält regelmäßig literarische Übersetzung aus dem Bengalischen.

Kostenloses Probe-Heft anfordern:

NETZ

Moritz-Hensoldt-Str. 20

35576 Wetzlar

zeitschrift@bangladesch.org

Nachdem sie von den Anschuldigungen erfahren hatte, wollte die BAL-Chefin sofort zurückreisen und sprach von Einschüchterungsversuchen seitens der Übergangsregierung. Doch erst nach einigen weiteren Tagen in den USA erklärte sie, nach Bangladesch zurückkehren zu wollen und sich den gegen sie erhobenen Anklagen zu stellen. Auf ihrem Rückweg über London musste sie, nachdem ihr der Weiterflug auf Betreiben der Regierung in Dhaka verwehrt worden war, unfreiwillig für mehrere Tage in Großbritannien pausieren.

Auch Khaleda Zias Handlungsspielraum wurde enger. Die 61jährige BNP-Chefin erhielt am selben Tag, an dem die Beschuldigungen gegen die Erzrivalin Hasina bekannt wurden, faktisch Hausarrest und strikte Besuchskontrollen. Tarique Rahman, der starke Mann innerhalb der BNP und ältester Sohn Begum Zias, wurde bereits Anfang März wegen Korruptionsvorwürfen verhaftet. Die Freilassung seines vorübergehend ebenfalls verhafteten, jüngeren und nicht politisch aktiven Bruders Arafat Rahman, nährte zwischenzeitlich Spekulationen, ob dies das Ergebnis eines Deals zwischen dem Regime und Zia sei. Es hieß, die Regierung würde Zias Söhne aus der Haft entlassen, wenn die umstrittene Politikerin dem Gang ins saudische Exil zustimme. Vermutlich daher übertrug Zia Ende April vorsorglich ihrem jüngeren Bruder, dem pensionierten Armeemajor Syed Mohammed Iskandar, die Vizepräsidentschaft in ihrer Partei.⁶

Machtgrenzen

Dass die Übergangsregierung von ihrem ursprünglichen Plan, die Begums ins Exil zu schicken, Abstand nahm, ist wohl kaum auf Angst vor möglichen Druck durch BNP- und BAL-Mitglieder zurückzuführen. Nach offizieller Darstellung war die Entscheidung von „Meinungsäußerungen in den Medien und von an-

deren Seiten“ inspiriert. Fakhruddin Ahmed ist als ehemaliger Mitarbeiter der Weltbank für Signale aus dem Ausland sicherlich empfänglich. Beobachter in Dhaka verwiesen auf Aussagen Sean McCormacks. Demnach habe der Sprecher des US-Außenministeriums erklärt, dass „die Demokratie in Bangladesch in Gefahr ist, falls die Interimsregierung nicht die richtigen Entscheidungen fällt“.⁷ Aus Großbritannien hieß es wenige Tage zuvor, dass London hoffe, dass der Notstand bald aufgehoben und ein Fahrplan für Wahlen bekannt gegeben werden würde.⁸

Dabei verkündete A.T.M. Shamsul Huda, der Leiter der für die Wahlorganisation zuständigen Kommission, bereits Anfang April, dass seines Erachtens die Parlamentswahlen kaum innerhalb der kommenden 18 Monate abgehalten werden könnten. Übergangspremier Ahmed bekräftigte am 9. Mai, dass neben der nötigen Beseitigung von Korruption das Ziel die Wiederherstellung von Demokratie bis zum Jahresende 2008 sei. Ob die Vorwürfe gegen Sheikh Hasina nun fallen gelassen werden, ist weiterhin unklar. Für das Regime bleibt offensichtlich genug Zeit und Handlungsspielraum für den Ausbau seiner eigenen Position.

Zum Autor

Christoph S. Sprung ist Politikwissenschaftler und forscht unter Prof. Reetz am Berliner *Zentrum Moderner Orient* (ZMO) innerhalb des Projekts zum Islam in Südasien und Europa insbesondere zu islamischen Missionsbewegungen. Als Gründungsmitglied des *Südasien-Informationsnetz e.V.* ist er außerdem Redaktionsmitglied des vom Verein getragenen Online-Portals www.suedasien.info.

Endnoten

¹Vgl. etwa die Entschließung des Europäischen Parlaments zu Bangladesch, *Amtsblatt* Nr. 033 E vom 09/02/2006 S. 0594 - 0596, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:52005IP0136:DE:HTML>

²John Sudworth: Many targets of anti-corruption drive, in: *BBC News South Asia* (12. 03.2007), http://news.bbc.co.uk/2/hi/south_asia/6441179.stm

³“50 die, 95825 arrest in the first 60 days of emergency“ (14.03.2007), www.bangladesh-web.com/view.php?hidDate=2007-03-14&hidType=TOP

⁴Bangladesh: Stop Killings by Security Forces (*Human Rights News*, 25.01.2007), <http://hrw.org/english/docs/2007/01/25/bangla15182.htm>

⁵Haroon Habib: Enter a new player, in: *Frontline* (Volume 24 - Issue 05 : 10-23.3.2007)

⁶Vgl. Zia makes younger brother BNP vice chief (*Earthtimes*, 30.04.2007), www.earthtimes.org/articles/show/57520.html

⁷Vgl. *Daily Press Briefing* (US Dept. of State, 24. April 2007), Spokesman Sean McCormack, www.state.gov/r/pa/prs/dpb/2007/apr/83613.htm

⁸Vgl. Pressemitteilung (19. April 2007): Foreign Secretary Meets Foreign Adviser To Bangladesh Caretaker Government, www.fco.gov.uk/servlet/Front?pagename=OpenMarket/Xcelerate/ShowPage&c=Page&cid=1007029391638&a=KArticle&aid=1176967923214&year=2007&month=2007-04-01